

»WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN.«

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wurde im Jahre 1994 vom Deutschen Bundestag als bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet. Sie hat die Aufgabe, das Andenken an Willy Brandt und seinen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes sowie die Versöhnung und Verständigung unter den Völkern zu wahren. Die Reihe »Willy-Brandt-Studien« soll – in Ergänzung zur zehnbändigen Edition »Berliner Ausgabe« – ein Forum zur Veröffentlichung von Arbeiten über den ehemaligen Bundeskanzler sowie zu zeitgeschichtlichen und politischen Themen bieten, die mit seinem Namen verbunden sind.

AXEL SCHILDT / WOLFGANG SCHMIDT (HRSG.)

»Wir wollen mehr Demokratie wagen.«
Antriebskräfte, Realität und Mythos eines
Versprechens

WILLY-BRANDT-STUDIEN

BAND 6



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0549-2

1. Auflage 2019

Copyright © 2019 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Antje Haack | Lichten, Hamburg
Satz: Jens Marquardt, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2019

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de



Das Bundeskabinett beim Bundespräsidenten vor der Villa Hammerschmidt in Bonn, 22. Oktober 1969.

1. Reihe (v. l.): Gerhard Jahn (Justiz), Käte Strobel (Jugend, Familie, Gesundheit), Bundespräsident Heinemann, Bundeskanzler Brandt, Walter Scheel (Auswärtiges), Karl Schiller (Wirtschaft), Georg Leber (Verkehr und Post), 2. Reihe (v. l.): Helmut Schmidt (Verteidigung), Alex Möller (Finanzen), Erhard Eppler (Wirtschaftliche Zusammenarbeit), Hans-Dietrich Genscher (Inneres), Walter Arendt (Arbeit), 3. Reihe (v. l.): Egon Franke (Innerdeutsche Beziehungen), Lauritz Lauritzen (Städtebau und Wohnungswesen), Hans Leussink (Bildung und Wissenschaft), Horst Ehmke (Besondere Aufgaben), Josef Ertl (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

INHALT

Axel Schildt (†) / Wolfgang Schmidt

EINLEITUNG

11

Martin Sabrow

Zeit-Worte in der Zeitgeschichte

24

I.

HERKUNFT UND ANTRIEBSKRÄFTE.

DER RUF NACH »MODERNISIERUNG« UND »DEMOKRATISIERUNG«

IN DEN 1950ER UND 60ER JAHREN

Kristina Meyer

Mehr »Mut zur Wahrheit« wagen?

Willy Brandt, die Deutschen und die NS-Vergangenheit

41

Alexander Gallus

»Revolution«, »freiheitlicher Sozialismus« und »deutsche Einheit«.

Sehnsuchtsorte nonkonformistischer intellektueller Akteure

in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland

59

Jens Hacke

Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse

in der Bundesrepublik Deutschland der 1950/60er Jahre.

Ideengeschichtliche Sondierungen

73

Detlef Siegfried

Parlamentarismuskritik und Demokratie-Konzepte

in der Außerparlamentarischen Opposition

und den neuen sozialen Bewegungen

88

II.
UMSETZUNG, WIRKUNG, GRENZEN.
REALITÄT UND REZEPTION VON
»WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN«
1969–1974

Elke Seefried

Mehr Planung wagen?

Die regierende Sozialdemokratie im Spannungsfeld zwischen
politischer Planung und Demokratisierung 1969–1974 105

Dietmar Süß

Die neue Lust am Streit – »Demokratie wagen«

in der sozialdemokratischen Erfahrungswelt der Ära Brandt 125

Knud Andresen

Radikalisierung oder Demokratisierung?

Politisierte Jugendkulturen um 1970 142

Alexandra Jaeger

Mehr Toleranz wagen?

Die SPD und der Radikalenbeschluss in den 1970er Jahren 155

Daniela Münkel

Willy Brandt als Hoffnungsträger?

»Mehr Demokratie wagen« und die DDR 171

III.
VORREITER ODER NACHHUT?
»MEHR DEMOKRATIE WAGEN«
IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Philipp Gassert

Mehr partizipatorische Demokratie wagen?

Demokratisierung, Modernisierung und Protest
im transatlantischen Vergleich 185

Hélène Miard-Delacroix
»Von einem *weniger* zu einem *mehr*«?
Mehr Demokratie im Wechselverhältnis von Protest, Partizipation
und Moderne in deutsch-französischer Perspektive 203

Martina Steber
Sorge um die Demokratie. Deutsche und britische Konservative
und das linke Demokratieprojekt in den 1970er Jahren 219

IV.

FÜR MEHR DEMOKRATIE WELTWEIT? ZUR INTERNATIONALEN REICHWEITE DES WESTLICHEN DEMOKRATIEMODELLS

Bernd Rother
Welche Demokratie? Die Sozialistische Internationale
und ihre Öffnung für neue Partner in der »Dritten Welt« 241

Frank Bösch
Mehr Diktatur wagen? Der bundesdeutsche Umgang
mit undemokratischen Staaten in den 1970/80er Jahren 262

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis 279
Personenregister 283
Die Autorinnen und Autoren 289
Bildnachweis 293

EINLEITUNG

AXEL SCHILDT (†) / WOLFGANG SCHMIDT

Versuch einer Historisierung

»Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Dieser Satz aus der ersten Regierungserklärung, die Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn abgab, ist fünfzig Jahre später die vielleicht meistzitierte Formulierung eines deutschen Politikers nach dem Zweiten Weltkrieg geworden. Das Zitat gehört zum allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Wortschatz und ist, wie unzählige Variationen beweisen, fester Bestandteil des Arsenal von Politikern, Journalisten und Werbetextern.

Die positive historische Konnotation des geflügelten Wortes, die fast mystische Qualität gewonnen hat, steht außer Frage. »Wir wollen mehr Demokratie wagen« ist das Synonym für die grundlegenden Reformen in der alten Bundesrepublik, die am Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre verwirklicht wurden. Von »Fundamentalliberalisierung« (Jürgen Habermas) oder gar der »Umgründung der Republik« (Manfred Görtemaker) war und ist dabei die Rede. Als Beispiele für die Erweiterung der Bürgerrechte und die Vermehrung von Chancen zur politischen und sozialen Teilhabe in der »Ära Brandt« können genannt werden: die Senkung des Wahlalters und der Volljährigkeit, die Öffnung des Zugangs zu höherer Bildung für breite Bevölkerungsschichten, die Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung, die Humanisierung des Strafrechts, die rechtliche Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, die Akzeptanz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts sowie die Infragestellung von Verhaltensweisen und Hierarchien, die noch aus obrigkeitsstaatlichen Zeiten stammten.

Das Verdienst, für diese Reformen gesorgt zu haben, wird zum einen der sozial-liberalen Koalition von SPD und FDP, zum anderen aber auch den starken Impulsen zugeschrieben, die von der APO und der Studentenrevolte 1968 ausgingen. Mittlerweile darf es jedoch als Konsens in der zeitgeschichtlichen Forschung gelten, dass die Phase der »zweiten Gründung der Bundesrepublik«¹ nicht erst 1968/69 begann. Bereits die erste

1 Vgl. *Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer* (Hrsg.): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010.

Große Koalition von CDU/CSU und SPD, die ab Ende 1966 regierte, beschloss wichtige Reformen zur Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Die Reform der Hochschulen begann sogar schon 1964/65. Überhaupt setzte der politische, gesellschaftliche und kulturelle Wandel in der Bundesrepublik mit all seinen vielen Facetten bereits im letzten Drittel der 1950er Jahre ein und dauerte bis zum ersten Drittel der 1970er Jahre an. »Die langen 1960er Jahre« (Anselm Doering-Manteuffel) waren ein dynamischer Transformationszeitraum,² der vom zukunftsoptimistischen Glauben an Wissenschaft und Fortschritt und ganz besonders von sozioökonomischen und demografischen Faktoren geprägt wurde, für die Schlagworte wie Wirtschaftswunder, Massenkonsum, Westernisierung, Technisierung, Bildungsexpansion, Jugendprotest stehen.

Willy Brandts »Wir wollen mehr Demokratie wagen« eignet sich als Sonde, um diese geschichtshistorischen Prozesse, aber auch um intellektuelle Vordenker der Entwicklung und politische Akteure zu beleuchten. Das Ziel dieses Bandes ist es, den berühmten Satz nicht als Überschrift einer fragwürdigen Meistererzählung zu lesen und zu verstehen, sondern ihn zu »historisieren«. Das Versprechen, »mehr Demokratie wagen« zu wollen, ist einerseits in die bereits während der 1950er Jahre einsetzende Debatte über Demokratisierung, Modernisierung und Liberalisierung einzuordnen. Andererseits sind die praktischen Maßnahmen, Folgen und Reaktionen zu analysieren, die sich aus Brandts Absichtserklärung ergaben, und diese sollen wiederum mit den Entwicklungen in anderen westlichen Staaten verglichen werden.

Zur Historisierung gehört zunächst, das Titelzitat im zeitgenössischen Kontext zu betrachten. »Wir wollen mehr Demokratie wagen« tauchte ziemlich am Beginn von Brandts Regierungserklärung auf, kam gleichwohl eher beiläufig daher. Unmittelbare Aufmerksamkeit erzeugten vielmehr die mit Verve vorgetragenen Kanzlerworte in der Schlusspassage: »Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie. Wir fangen erst richtig an! Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden – im Innern und nach außen!«³ Darauf reagierten die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion mit wütendem Protest, während die Koalitionäre von SPD und FDP donnernd applaudierten und in Jubel ausbrachen. Das

2 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

3 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 6/5, 28. Oktober 1969, S. 20–34, hier S. 34. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/06/06005.pdf> (zuletzt abgerufen am 18. Dezember 2018).

Pathos des Neuanfangs gehörte zum Regierungswechsel, der von den Zeitgenossen als historischer »Machtwechsel« verstanden wurde und vor allem außenpolitisch mit der »Neuen Ostpolitik« auch einen tiefgreifenden und stark umstrittenen Politikwechsel bedeutete. In der Innenpolitik überdeckte das Pathos des Neuanfangs allerdings die reichlich vorhandenen Kontinuitäten, was angesichts der scharfen Frontstellung zwischen sozial-liberaler Regierung und christdemokratischer Opposition aber nicht verwundern kann.

Fundamental war die Frage, was »mehr Demokratie wagen« und »Demokratisierung« eigentlich bedeuten sollten. In seiner Regierungserklärung 1969 erklärte Willy Brandt: »Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein.«⁴ Vor Augen hatte er eine Gesellschaft, die »mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert«. Schon ein halbes Jahr zuvor hatte der SPD-Vorsitzende betont, Demokratie sei ein Prinzip, »das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen« müsse, wobei Brandt nicht zuletzt auch an die Wirtschaft und die Arbeitswelt dachte. Auch der erste sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann forderte bei seinem Amtsantritt am 1. Juli 1969: »Freiheitliche Demokratie muß endlich das Lebelement unserer Gesellschaft werden.« Zudem sprach er davon, dass »ein Drang nach Freiheit von alten Bindungen und nach Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen unsere Zeit erfüllt«.⁵ Zur Demokratisierung gehörte demnach auch – ohne dass man sie damals explizit so nannte – die Liberalisierung, zu der vor allem Heinemann als Justizminister schon einiges beigesteuert hatte.

Seit Mitte der 1960er Jahre bildeten indes »Modernisierung« und »Demokratisierung« für die Sozialdemokraten das entscheidende und untrennbare Begriffspaar. Ein moderner Staat mit größerer Leistungsfähigkeit und eine moderne Gesellschaft mit mehr Freiheit und mehr Teilhabe für die Bürger bedingten einander, so das Credo. Das brachte Willy Brandt schon im Frühjahr 1966 in einem Artikel für die Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft« zum Ausdruck.⁶ Nicht von ungefähr zog die SPD 1969 mit

4 Ebd., S. 20.

5 *Gustav W. Heinemann*: Ansprache vor dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in Bonn am 1. Juli 1969, in: *ders.*: Präsidiale Reden. Einleitung von Theodor Eschenburg, Frankfurt a. M. 1971, S. 25–32, Zitat S. 28.

6 Der Artikel »Die zweite Bewährungsprobe« ist abgedruckt in: *Willy Brandt*: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearb. von Wolther von

dem Slogan »Wir schaffen das moderne Deutschland« in den Bundestagswahlkampf.⁷ Ganz ähnlich warb die FDP für sich, indem sie versprach: »Wir schneiden die alten Zöpfe ab.« Mit dem Grundsatzprogramm von 1971 (»Freiburger Thesen«) kam der Linkliberalismus zur vollen Blüte.⁸ SPD und FDP wandten sich besonders an die junge Generation. Brandts »Wir wollen mehr Demokratie wagen« war zweifelsohne auch eine Antwort auf das Aufbegehren der Jugend, das sich durch die APO-Proteste und Studentenrevolte 1968 in besonderer Weise manifestiert hatte. »Mehr Demokratie wagen« war als Angebot zum Mitmachen innerhalb der parlamentarischen Demokratie und zu ihrer Stärkung gedacht, nicht gegen sie und nicht zu ihrer Überwindung, wie es der fundamental-oppositionell ausgerichtete Teil der »Neuen Linken« forderte.

Das Werben um mehr Teilnahme der Bürger an der parlamentarischen Demokratie war durchaus erfolgreich. Bis Mitte der 1970er Jahre kletterte die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik auf Rekordwerte von über 90% und erreichte das parteipolitische Engagement einen absoluten Höhepunkt. Besonders die SPD verzeichnete einen nie dagewesenen Zustrom an jungen Neumitgliedern. Das damit verbundene Erstarken des linken Flügels löste allerdings erhebliche innerparteiliche Konflikte aus. Die 68er-Bewegung für die Parteiendemokratie zu gewinnen, gelang seinerzeit nur partiell. Nicht zuletzt der sogenannte Radikalerlass von 1972 wurde zum großen Hindernis. Zudem gingen aus Teilen der »Neuen Linken« in den 1970er Jahren auch die neuen sozialen Bewegungen hervor, die mit »postmaterialistischen« Themen und Werten sowie »basisdemokratischen« Vorstellungen besonders auf junge Leute anziehend wirkten: für die Emanzipation der Frau, für den Umweltschutz, für die »Dritte Welt«, für den Frieden und gegen die Atomenergie.

Kieseritzky, Bonn 2001 (Berliner Ausgabe, Bd. 7), S. 94–106; zum ideellen Zusammenhang vgl. *Willy Brandt*: »Im Zweifel für die Freiheit«. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. Herausgegeben u. eingeleitet von Klaus Schönhoven (Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 2), Bonn 2012.

7 Der ebenfalls 1969 von der Partei verwendete Slogan »Wir haben die besseren Männer« zeigt allerdings die zeitspezifische Prägung dieser »Moderne«. Vgl. *Axel Schildt*: Liberalisierung und Demokratisierung. Grundzüge der Reformpolitik 1966–1974, in: *Bernd Rother* (Hrsg.): *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse* (Willy-Brandt-Studien, Bd. 5), Bonn 2011, S. 175–188.

8 *Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel*: *Die Freiburger Thesen der Liberalen*, Reinbek 1972. Vgl. auch *Karl-Hermann Flach*: *Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift*, Frankfurt a. M. 1971.

Überdies stieß der Ruf nach der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche von Anfang an auch auf heftigen Widerspruch. Starker Widerstand kam nicht nur aus der CDU/CSU-Opposition und der Wirtschaft. Im »Bund Freiheit der Wissenschaft« kämpften konservative, liberale und rechtssozialdemokratische Professoren gemeinsam gegen die »Demokratisierung« der Universität.⁹ Sie lehnten Mitbestimmungsmodelle, insbesondere die »Drittelparität«, vehement ab und verstanden sich als Gegenbewegung gegen die »68er«. Ein Grund dafür, warum sich in den 1970er Jahren so viele Bürger wie nie politisch engagierten, war demnach auch, dass die Forderung nach »mehr Demokratie« polarisierte.

Manche Hoffnungen und Erwartungen, die sich mit der Regierungsübernahme der sozial-liberalen Koalition und dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler verbunden hatten, wurden trotz zahlreicher Reformen noch während der Amtszeit Willy Brandts enttäuscht. Vor allem stellte die tiefgreifende ökonomische Zäsur 1973/74 den bis dahin weit hin vorherrschenden Fortschritts- und Machbarkeitsglauben in Frage und beendete jäh die Phase der »Reformeuphorie«. Das Ende des Nachkriegsbooms wie auch die Debatten um die Bedrohung der inneren Sicherheit durch den RAF-Terrorismus und die darauf folgenden harten Antworten des herausgeforderten Staates blieben nicht ohne Auswirkungen auf den Reform- und Demokratisierungsprozess sowie den öffentlichen Diskurs. Angesichts vielfältiger Krisen war nun von der »überforderten Demokratie« und von »Unregierbarkeit« die Rede.

Dass Willy Brandts Kanzlerschaft überaus dramatisch verlief und besonders 1972 am seidenen Faden hing, dass sie 1974 nur eineinhalb Jahre nach einem triumphalen Wahlsieg abrupt und irgendwie tragisch endete, hat viel zum Mythos der »Ära Brandt« und wohl auch der berühmten Sentenz vom Wagnis der Demokratie beigetragen. Nach dem Kanzlerücktritt und dem Wechsel zum kühlen Pragmatiker und Manager Helmut Schmidt, so scheint es, wurde »Wir wollen mehr Demokratie wagen« ganz verschieden rezipiert und interpretiert: für die Reformenthusiasten war dieser Satz eine glückliche Reminiszenz und weiterhin geltende Begründungsformel; für die Reformenttäuschten war und blieb er ein unerfülltes Versprechen, dessen Realisierung immer noch ausstand. Für die Reformskeptiker und -gegner schließlich stellte er eine nach wie vor im

9 Vgl. *Nikolai Wehrs*: Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren, Göttingen 2014.

Raum schwebende (sozialistische) Bedrohung dar. So entstand eine Metapher, auf die sich gleichermaßen Freude und Enttäuschung, Hoffnung und Furcht richteten.

Mit Blick auf die Jahre »nach dem Boom« könnte man pointiert fragen, ob die Zeit der sozial-liberalen Koalition bis 1973 nur eine kurze Phase positiver reformerischer Irritation in einer strukturell konservativen Republik gewesen sei. Jedenfalls ist vor Konstruktionen und Deutungen zu warnen, die in den 1970er Jahren ein »sozialdemokratisches« oder gar ein »rotes Jahrzehnt« erkennen.¹⁰ Die Frage, die in diesem Band nicht beantwortet werden kann, sich aber aufdrängt und weiter zu untersuchen sich lohnen könnte: Haben sich wesentliche Teile des Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses sowie des Wertewandels in der bundesdeutschen Gesellschaft, die das Prädikat »Fundamentalliberalisierung« verdienen, womöglich erst in den 1980er und 90er Jahren voll entfalten können? Der historischen Bedeutung der Formel »mehr Demokratie wagen« tut dies in jedem Fall keinen Abbruch. Ihre nachhaltige Wirkmächtigkeit als Anstoßgeber für und Verstärker von gesellschaftlichen Demokratisierungsbestrebungen ist nicht zu verkennen.

Struktur und Inhalt dieses Bandes

Martin Sabrow untersucht zunächst die grundsätzliche Frage, welche Akteure mit welchen Mitteln Willy Brandts Satz »Wir wollen mehr Demokratie wagen« und anderen »Zeit-Worten«, die ins kollektive Gedächtnis eingegangen sind, andauernde Berühmtheit verliehen haben. Um zu einem verbalen Erinnerungsort zu werden, sei zu analysieren, wie eine tatsächliche oder auch nur zugeschriebene Äußerung das Epochengefühl einer Zeit treffen und deren Blick auf die Geschichte in einem Sprachbild zu verdichten in der Lage sei.

Der Band ist in vier Abschnitte unterteilt. Die Aufsätze im ersten Teil messen unter der Überschrift »Herkunft und Antriebskräfte. Der Ruf nach ›Modernisierung‹ und ›Demokratisierung‹ in den 1950er und 60er Jahren« den Raum aus, in dem sich das Verlangen nach mehr Demokratie anbahnte und aufbaute. Sie versuchen, die ideellen Fundamente freizulegen und analysieren die Vorstellungen wichtiger Ideengeber. Zum Auftakt

10 Die unterschiedlichen Positionen werden u. a. diskutiert in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004): Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland.

geht *Kristina Meyer* der Frage nach, welcher Zusammenhang zwischen der öffentlichen Auseinandersetzung in der jungen Bundesrepublik mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und den Demokratisierungsbestrebungen bestand. Sie kommt zu dem Ergebnis, das Willy Brandts »Wir wollen mehr Demokratie wagen« keine Zäsur hin zu einer mutigen und kritischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit darstellte. Der Kanzler und seine sozial-liberale Regierung tendierten eher zu einer Art Schlussstrich – offenbar in der Absicht, die Deutschen von ihrer jüngsten Geschichte zu entlasten und dadurch die Demokratie zu stärken.

Alexander Gallus widmet sich der Gedankenwelt der nonkonformistischen Intellektuellen in der Frühphase der Bundesrepublik. Dabei zeigt er auf, wie sehr das intellektuelle Denken – besonders im linken Spektrum, das die Ära Adenauer als restaurative Epoche begriff – von der aus der Zeit der Weimarer Republik herrührenden Sehnsucht nach einer nachzuholenden (humanen demokratisch-sozialistischen) Revolution bestimmt wurde, die 1918/19 und nach 1945 ausgeblieben war. Doch je mehr die Intellektuellen das Grundgesetz als Garanten von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit anerkannten, desto geringer wurde die alte Revolutionssehnsucht, bis von ihr so gut wie nichts mehr übrig war. Bei vielen Linksintellektuellen blieb die Sehnsucht nach Demokratisierung, weshalb sie von Willy Brandts »Wir wollen mehr Demokratie wagen« begeistert waren.

Die ideengeschichtlichen Sondierungen der Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse in der frühen Bundesrepublik werden anschließend von *Jens Hacke* fortgesetzt. Mit Jürgen Habermas und Ralf Dahrendorf rückt er zwei Intellektuelle in den Mittelpunkt, die schon seit den 1950er Jahren für eine gesellschaftliche Demokratisierung eintraten und die Demokratiedebatte stark beeinflusst haben. Während Habermas große Vorbehalte gegen den Parlamentarismus und die Parteien hegte und unter Demokratisierung die Verwirklichung einer freien »Gesellschaft mündiger Bürger« verstand, drängte Dahrendorf darauf, dass die Bürger die durch das Grundgesetz geschaffenen demokratischen Institutionen nicht bloß formal akzeptieren, sondern die Demokratie aktiv praktizieren und mit Leben füllen sollten. Willy Brandts Vorstellungen von Demokratisierung, die Hacke anschließend analysiert, lassen Anklänge an beide Vordenker erkennen, wobei sich der Sozialdemokrat wie Dahrendorf stets klar zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie bekannte.

Für die Parlamentarismuskritik und die Demokratie-Konzepte der APO und der neuen sozialen Bewegungen, die *Detlef Siegfried* in seinem Beitrag unter die Lupe nimmt, hatte Brandt daher auch nur sehr begrenzt

Verständnis. Siegfried stellt die verschiedenen theoretischen Stränge »alternativer« außerparlamentarischer Demokratisierungsforderungen vor, die insbesondere auf rätendemokratischen Vorstellungen, dem aus den USA stammenden Konzept der »*participatory democracy*« sowie auf Johannes Agnolis Idee der »Transformation der Demokratie« fußten. Die 68er und die nachfolgenden neuen sozialen Bewegungen, die sich gerade auch gegen die SPD richteten, habe die westdeutsche Gesellschaft mit den Ideen und Methoden der partizipatorischen Demokratie vertraut gemacht. Willy Brandts »Mehr Demokratie wagen« sei weniger der Auslöser denn der Ausdruck eines Vorgangs der Demokratisierung in der Bundesrepublik, der in den mittleren 1960er Jahren begonnen habe.

Der zweite Abschnitt mit dem Titel »Umsetzung, Wirkung, Grenzen. Realität und Rezeption von ›Wir wollen mehr Demokratie wagen‹ 1969–1974« untersucht, wie sich Brandts Ankündigung auf Politik und Gesellschaft auswirkte, wer sich darauf berief und welche Probleme und Konflikte bei den Versuchen, mehr Demokratie zu verwirklichen, entstanden. *Elke Seefried* beleuchtet das gespannte Verhältnis zwischen Demokratisierung und politischer Planung in der sozial-liberalen Koalition. Nach einer Analyse der sozialdemokratischen Demokratie- und Planungsdiskurse nimmt sie konkret die Planungspraxis in der Regierungszeit von Bundeskanzler Willy Brandt in den Blick. Seefried zeigt auf, dass für die Sozialdemokraten politische Planung, Modernisierung und Demokratisierung eng miteinander verbunden waren und durch den Leitbegriff der Rationalität begründet wurden. Vorangetrieben durch wissenschaftliche Planer, entwickelte sich in der Regierung eine Affinität für ein technokratisches Verständnis des Politischen und des Regierens. Es waren nicht zuletzt einstige Planungsbefürworter, die aufgrund von Lernprozessen in ihrer praktischen Arbeit auf die Spannungen zwischen den zentralen Reformversprechen der SPD aufmerksam machten und sich zu prominenten Technologie- und Planungskritikern wandelten. Ihr Plädoyer, dass auch in der politischen Planung mehr demokratische Partizipation notwendig sei, verstärkte ein neues Umweltbewusstsein, wurde von der Sozialdemokratie aber nur zum Teil aufgenommen.

Die Auswirkungen von »Wir wollen mehr Demokratie wagen« in der SPD schildert *Dietmar Süß*. Er weist darauf hin, dass in der Partei die Debatte über die Demokratisierung der Gesellschaft bereits Ende der 1950er Jahre begann und sich dabei Waldemar von Knoeringen als wichtigster Vordenker profilierte. Ab 1970 waren es dann vor allem die Jusos, die sich Brandts Losung zu eigen machten und die konsequente Anwen-

dung von »Mehr Demokratie wagen« verlangten. Ihre Forderungen bezogen sich sowohl auf die innerparteiliche Diskussions- und Streitkultur in Ortsvereinen, Gremien und bei Parteitagen als auch auf die praktische Kommunalpolitik. Zwischen der aufbegehrenden Parteijugend, der viele Akademiker angehörten und die häufig mit ideologisch-revolutionärer Attitüde auftrat, und den altgedienten Sozialdemokraten aus dem Arbeitermilieu kam es zu heftigen Konflikten. Brandts Formel habe wegen ihrer Uneindeutigkeit eine Sprengkraft entwickelt und Wirkungen gezeitigt, die weit über die von ihrem Schöpfer intendierte Bedeutung hinausgingen.

Ein weiteres Beispiel, wie sich politisierte Jugendkulturen Anfang der 1970er Jahre zwischen Demokratisierung und Radikalisierung bewegten, liefert der Beitrag von *Knud Andresen*. Er untersucht die Lehrlings- und die Jugendzentrumsbewegung, die weitere Facetten der von 1968 ausgehenden Jugendrevolte bildeten. Die Lehrlingsbewegung, die gegen die Ausbildungssituation protestierte, insbesondere gegen das Kujonieren der Auszubildenden durch Meister und Gesellen, wurde praktisch Teil der Gewerkschaftsjugend, die so eine »gebremste« Radikalisierung erfuhr. Im weiteren Verlauf kam es innerhalb der gewerkschaftlichen und betrieblichen Gremien aber zu einem gegenseitigen Anpassungsprozess zwischen altvorderen und jungen Gewerkschaftern. Die Jugendzentrumsbewegung, die besonders die Provinz erfasste, schuf lokale Zentren, die später häufig vom sich bildenden alternativen Milieu genutzt wurden. Die jugendkulturellen Demokratisierungsbegehren in Betrieben und Kleinstädten und die daraus sich ergebenden sozialen Praktiken leisteten, so Andresen, trotz vieler Konflikte einen wichtigen Beitrag zu den gesellschaftlichen Demokratisierungsprozessen.

Dem Zustandekommen und den Folgen der umstrittensten innenpolitischen Entscheidung während Willy Brandts Kanzlerschaft widmet sich *Alexandra Jaeger*. Sie wertet den »Radikalenbeschluss« von 1972 als Ausdruck einer grundsätzlichen Zwiespältigkeit der SPD gegenüber der APO und den daraus entstehenden linksradikalen Erscheinungen. Einerseits habe die Partei den Dialog mit der rebellierenden Jugend führen und Toleranz zeigen, andererseits die Demokratie vor extremistischen Entwicklungen schützen wollen. Am Beispiel der Hamburger SPD und der von ihr geführten Landesregierung arbeitet Jaeger die Ambivalenzen der Sozialdemokratie im Umgang mit dem »Radikalenbeschluss« heraus, der für die Kritiker geradezu die Antithese zu »Wir wollen mehr Demokratie wagen« darstellte. Durch die Überprüfungspraxis von Bewerbern für den öffent-

lichen Dienst büßten die Sozialdemokraten im linken und linksliberalen Spektrum – und hier vor allem bei jungen Menschen – erheblich an Glaubwürdigkeit ein. Das trug maßgeblich zu einem Umdenken in der SPD bei, so dass sie sich Ende der 1970er Jahre gegen die Regelanfrage beim Verfassungsschutz aussprach und in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern die Anwendung des »Radikalenbeschlusses« beendete.

Wie in der DDR die Wahl und die Politik des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers rezipiert wurde, ist das Thema des Beitrags von *Daniela Münkel*. Sie arbeitet das zwiespältige Verhalten der Staats- und Parteiführung in Ost-Berlin gegenüber Willy Brandts neuer Ost- und Deutschlandpolitik und »Mehr Demokratie wagen« heraus. Einerseits fürchtete das Regime, durch vermehrte Kontakte mit der Bundesrepublik eine »politisch-ideologische Aufweichung« im Innern zu riskieren, weshalb die DDR-Staatssicherheit das Land gegen westliche Einflüsse abzuschotten versuchte. Umso mehr, als viele Ostdeutsche dem westdeutschen Kanzler große Sympathien entgegenbrachten und hofften, dass sich die DDR infolge der sozial-liberalen Entspannungspolitik öffnen würde. Andererseits taten die SED-Führung und die Stasi 1972 alles, um eine Abwahl Brandts zu verhindern. Denn ohne die vom ihm eingeleitete Annäherung der beiden deutschen Staaten wäre die lang ersehnte internationale Anerkennung der DDR nicht zu erreichen gewesen.

Die Welle der »Modernisierung«, »Demokratisierung« und »Liberalisierung« von Staat und Gesellschaft im Übergang von den 1960er zu den 70er Jahren war kein auf die Bundesrepublik Deutschland begrenztes Phänomen, sondern ein Prozess, der sich damals auch in vielen anderen – vor allem westlichen – Ländern abspielte. Deshalb steht der dritte Abschnitt des Bandes im Zeichen des internationalen Vergleichs und der einordnenden Frage, ob die Bundesrepublik »Vorreiter oder Nachhut« dieser Entwicklung gewesen sei. Mit Blick auf die USA erklärt *Philipp Gassert*, dass US-Präsident Richard Nixon sich aus wahltaktischen Gründen von der jugendlichen Protestbewegung in seinem Land scharf abgegrenzt und sich selbst zum Sprecher der »schweigenden Mehrheit« ernannt habe. Willy Brandt dagegen habe die 1968er und die daraus entstehende Neue Linke integrieren wollen und sich deren zentrale Begriffe wie »Partizipation« und »Emanzipation« zu eigen gemacht. Bei der Betrachtung der politischen Praxis macht Gassert indes deutlich weniger Unterschiede zwischen den beiden Regierungschefs aus. Innenpolitisch hätten Nixon und Brandt jeweils die »konsensliberale Modernisierungsgenda« des transatlantischen Westens fortgesetzt und eine Reformpolitik

von oben betrieben. Willy Brandts Werben um die Neue Linke sei daher auch nur kurzfristig erfolgreich gewesen. Zudem habe er deren Forderung nach »globaler Solidarität« nicht bedient, sondern »soziale Gerechtigkeit« und »mehr Demokratie« nur auf den nationalen Rahmen bezogen.

Im deutsch-französischen Vergleich sieht *Hélène Miard-Delacroix* die Bundesrepublik in der Vorreiterrolle bei der Demokratisierung und der Emanzipation. Die außerparlamentarischen Proteste setzten in Westdeutschland früher als in Frankreich ein. Auch bei der Liberalisierung des Strafrechts, insbesondere der Entkriminalisierung der männlichen Homosexualität, des Ehebruchs und der Abtreibung, sowie bei der Senkung des Wahlalters traten die Reformen im westlichen Nachbarland erst ein paar Jahre später in Kraft, nachdem 1974 der liberale Zentrist Valéry Giscard d'Estaing die Präsidentschaft übernommen hatte. Die von ihm ausgehende Reformdynamik kam aber schon Ende 1976 aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten zum Erliegen, so Miard-Delacroix. Als deutsch-französische Gemeinsamkeiten benennt sie das politische Aufbegehren der in beiden Ländern zahlenmäßig stark anwachsenden Schüler und Studenten, die eine Demokratisierung von unten forderten, und die Entstehung der Frauenbewegung.

Der Beitrag von *Martina Steber* wendet sich den Gegnern der Demokratisierungsbestrebungen der politischen Linken in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland zu. In beiden Ländern sahen demnach konservative Parteipolitiker und Intellektuelle in den 1970er Jahren die Demokratie in Gefahr, weil sich angeblich die Regierungsparteien Labour Party und SPD (zusammen mit den britischen Gewerkschaften bzw. mit der Studentenbewegung und der Neuen Linken) jeweils anschickten, eine sozialistische Revolution zu verwirklichen und eine Diktatur zu errichten. Auf der von Wirtschaftskrisen geschüttelten britischen Insel standen ökonomische und verfassungspolitische Probleme im Mittelpunkt der konservativen Demokratiedebatte. In Westdeutschland drehte sie sich vor allem um das Staatsverständnis und die politische Kultur. Aus den Diskursen entwickelte sich jeweils ein neuer Konservatismus. In Großbritannien entstand der marktradikale Thatcherismus, der die Labour Party und die Gewerkschaften auf das Härteste bekämpfte und entmachtete, während in der Bundesrepublik die konservative Sorge um die Demokratie abebbte, insbesondere nachdem die CDU/CSU 1982 wieder die Regierung übernommen hatte.

Der vierte und letzte Teil des Bandes geht schließlich der Frage nach, inwiefern sich Willy Brandts Versprechen, »mehr Demokratie wagen« zu

wollen, in den 1970er und 80er Jahren auch außenpolitisch ausgewirkt hat oder – grundsätzlicher formuliert – welche internationale Reichweite das bundesdeutsche bzw. westliche Demokratiemodell seinerzeit besaß. In seinem Beitrag zur Sozialistischen Internationale, die sich unter Brandts Präsidentschaft ab 1976 für neue Partner in der »Dritten Welt« öffnete, veranschaulicht *Bernd Rother* die gravierenden Probleme der stark expandierenden Parteienvereinigung, sich auf eine von allen akzeptierte Definition von Demokratie und Pluralismus zu verständigen. Für eine Mitgliedschaft war die Anerkennung und Praktizierung des Modells der parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung in den 1980er Jahren jedenfalls keine Voraussetzung mehr und kaum noch ein gemeinsamer Maßstab. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder von außerhalb Europas tolerierte die SI, wie die von Rother geschilderten lateinamerikanischen Beispielfälle Nicaragua, Grenada und Panama zeigen, teils eklatante Demokratiedefizite. Damit dehnte die Internationale die Grenzen dessen, was noch als demokratisch-sozialistisch gelten sollte, bis zum Äußersten.

Auch in der bundesdeutschen Außenpolitik hat sich das 1969 angekündigte Streben nach »mehr Demokratie« kaum niedergeschlagen. *Frank Bösch* legt vielmehr dar, dass die sozial-liberalen Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt sowie später die christlich-liberale Regierung unter Helmut Kohl (wie zuvor auch CDU und CSU in der Opposition) gute Beziehungen zu diktatorischen Regimen anstrebten und pflegten. Neben den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas sind hier vor allem Iran, Libyen, Saudi-Arabien und China zu nennen. Bei den Kontakten mit den außereuropäischen Diktaturen in den 1970er und 80er Jahren waren in erster Linie wirtschaftliche Interessen und geostrategische Gründe für die Bundesrepublik ausschlaggebend. Forderungen nach der Einhaltung der Menschenrechte, der Gewährung von politischen Freiheiten oder einer Demokratisierung unterblieben meist, so Bösch, weil man sich in Bonn für viele Staaten und Regionen demokratische Ordnungen nicht vorstellen konnte.

Dank

Dieser Band ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Konferenz »*Wir wollen mehr Demokratie wagen.*« *Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens*, die am 19./20. September 2017 in Berlin stattfand. Organisiert wurde diese internationale Tagung von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-

Stiftung in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), dem Arbeitsbereich Zeitgeschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, dem Laboratoire d'excellence Ecrire une Histoire Nouvelle de l'Europe (LabEx EHNE) der Sorbonne Université Paris sowie der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). Den genannten Institutionen, namentlich Prof. Dr. Martin Sabrow, Prof. Dr. Paul Nolte und Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix, möchten wir für die hervorragende Zusammenarbeit besonders danken. Unser Dank geht zudem an Martin Hamre, der das Register erstellt hat.

Nachwort

Die Veröffentlichung dieses Bandes wird von einer sehr traurigen Nachricht überschattet. Kurz vor Abschluss der Fahnenkorrekturen ist Axel Schildt am 5. April 2019 im Alter von 67 Jahren verstorben. Aufgrund seiner schweren Erkrankung hatte er mich im Herbst letzten Jahres gebeten, die Einleitung zu entwerfen, die zu schreiben er sich als Mitherausgeber eigentlich vorgenommen hatte. Wenngleich der Grund bedrückend war, habe ich ihm diese Bitte gerne erfüllt. Mit umsichtigen Ergänzungen und Korrekturen hat er die Einleitung dann rasch druckreif gemacht. Ich hatte sehr gehofft, dass er das fertige Buch noch erleben würde. Es ist leider anders gekommen.

Dieser Band und die vorausgegangene Konferenz haben Axel Schildt sehr am Herzen gelegen. Für beides hat er sich zunächst als Mitglied des Internationalen Beirats und seit 2013 als Mitglied des Vorstands der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung besonders eingesetzt. Nicht nur bei diesem Projekt war die Zusammenarbeit mit ihm immer persönlich sehr angenehm, fachlich äußerst anregend und in vielerlei Hinsicht lehrreich für mich. Auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen in der Stiftung sowie der Autorinnen und Autoren dieses Bandes darf ich sagen, dass wir Axel Schildt enorm viel verdanken und ihn sehr vermissen werden.

Wolfgang Schmidt
Berlin, den 9. April 2019